

Fraktion **direkt**

55 | 18. März 2016

Zur Lage

Wir müssen Lösungen präsentieren Breite Antwort auf die Wahlergebnisse notwendig

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind für die CDU insgesamt völlig unbefriedigend verlaufen. Doch es gibt nicht nur eine Antwort darauf. Die Union – und damit auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – müssen mehrere Schlussfolgerungen ziehen, von denen ich hier aber nur einige im Ansatz skizzieren kann.

Erstens: In der Flüchtlingspolitik ist nach meiner festen Überzeugung die Bundeskanzlerin auf dem richtigen Kurs. Wir wollen die Zahl der Flüchtlinge spürbar und nachhaltig reduzieren. Gleichzeitig muss jedoch denjenigen, die von Tod oder Verfolgung bedroht sind, Schutz gewährt werden. Dazu ist eine europäische Lösung unter Einbeziehung der Türkei notwendig – flankiert von nationalem und internationalem Handeln. Hier gibt es erhebliche Fortschritte. Die Zahl der Flüchtlinge sinkt – auch derer, die nach Griechenland kommen.

„Die Menschen erwarten gerade von CDU und CSU, dass wir sie durch eine schwierige Zeit gemeinsam leiten“

Diese Entwicklung und auch die Maßnahmen, die wir bereits getroffen haben, müssen die Bundesregierung und die Union den Bürgerinnen und Bürgern besser vermitteln. Bei vielen Menschen, die ich in letzter Zeit gesprochen habe, ist noch gar nicht angekommen, was alles gemacht und erreicht wurde.

Zweitens: Viele Bürgerinnen und Bürger sind generell unzufrieden, wie sich der Staat in einigen Bereichen repräsentiert. Zu diesem Eindruck hat natürlich auch beigetragen, dass die staatlichen Institutionen eine Weile gebraucht



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

haben, die große Zahl der Flüchtlinge allein ordnungsgemäß zu erfassen. Der Staat muss sich aber insgesamt besser darstellen. Dazu gehört auch eine bessere Kriminalitätsbekämpfung. Ein Wohnungseinbruch beispielsweise kann einen Menschen über Jahre verunsichern. Dennoch ist auf diesem Gebiet in fast allen Bundesländern über Jahre zu wenig geschehen. Auch wir vom Bund müssen die Bürger sicher noch stärker fördern, die ihre Wohnung oder ihr Haus einbruchssicherer machen wollen. Hier müssen wir Lösungen präsentieren.

Drittens: Für die Union ist in den nächsten Wochen vor allem wichtig, zu mehr Einigkeit in unserer Politik zu kommen. Die Menschen erwarten gerade von CDU und CSU, dass wir sie durch eine schwierige Zeit gemeinsam leiten. Wir dürfen diese Erwartung nicht enttäuschen.

Volker Kauder

Inhalt

Wir werden Lösungen präsentieren	1
Für Entspannung am Wohnungsmarkt sorgen	2
Kanzlerin warnt vor „Scheinlösungen“ in der Flüchtlingsfrage	3
„Barrierefreie Angebote können allen nutzen“	4
Christliche Flüchtlinge vor Übergriffen schützen	5
„An der Spitze bleiben“	6
Jugendliche vor Radikalisierung bewahren	7
Afrika mit anderen Augen sehen	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Für Entspannung am Wohnungsmarkt sorgen

Paket von Maßnahmen geplant



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir brauchen in den deutschen Ballungszentren und Hochschulstädten dringend mehr Wohnraum, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Gerade in Großstädten werden Familien immer mehr an den Stadtrand gedrängt, weil sie in den Zentren keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, mit einem ganzen Paket von Maßnahmen mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dabei setzen wir auf eine Stärkung der Investitionstätigkeit, die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und eine ausgewogene mietrechtliche und sozialpolitische Flankierung.

Die Bundesregierung hat nun in diesem Rahmen den Bericht zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und zur Wohnungsbau-Offensive beschlossen. Im Mittelpunkt steht ein Bündnis zwischen Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Wohnungs- und Bauwirtschaft. Doch wir sollten jetzt nicht so tun, als würden wir gerade beim sozialen Wohnungsbau bei Null anfangen. Wir arbeiten seit Beginn der Legislaturperiode intensiv an diesem Thema. Dass die Länder stärker in den sozialen Wohnungsbau investieren können, liegt vor allem an der großzügigen finanziellen Unterstützung durch den Bund. Wir haben gerade die Mittel

von 518 Millionen Euro pro Jahr auf über eine Milliarde Euro verdoppelt, die dann bis 2019 gezahlt wird. Dass die Länder angesichts dieser beachtlichen Vorleistung aktuell über eine weitere Finanzspritze diskutieren, ist schwer verständlich. Inwieweit die Länder die Gelder konzentriert für den Wohnungsbau einsetzen, bedarf noch des genauen Nachweises.

Der Bund hat in seinem Bericht ein Zehn-Punkte-Programm für eine Wohnungsbau-Offensive entworfen, die wir auch unterstützen. Allerdings sind aus unserer Sicht noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Es wäre auch sinnvoll, darüber nachzudenken, wie wir wieder mehr Menschen die Chance geben, in selbstgenutztes Wohneigentum zu investieren. Wir dürfen jene nicht vergessen, die den Wunsch nach einem Eigenheim haben. Die Eigentumsquote ist in Deutschland viel zu niedrig. Je mehr Häuser aber gebaut werden, desto mehr Mietwohnungen stehen zur Verfügung.

Investitionsbereitschaft privater Vermieter stärken

Wir dürfen deshalb auch die Stärkung der Investitionsbereitschaft privater Vermieter nicht aus den Augen verlieren. Die geplante steuerliche Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau ist ein erster, richtiger Schritt. Sie muss kommen und sollte durch Bundesrat und Bundestag zügig beschlossen werden. Wenn daran noch Veränderungen stattfinden, sollte das nur unter dem Aspekt der Sicherung von Investitionsanreizen geschehen. Meine Bitte an den Bundesrat und unseren Koalitionspartner: Wir sollten ein überzeugendes Angebot an die machen, auf deren Investitionsbereitschaft wir bei der Bewältigung der Wohnungsbauproblematik angewiesen sind. Das sollten auch der Bundesrat und unser Koalitionspartner berücksichtigen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kanzlerin warnt vor „Scheinlösungen“ in der Flüchtlingsfrage

Schließung der Balkan-Route kritisiert – Für gemeinsame Lösung der EU mit der Türkei – Kauder fordert „menschliches Gesicht“ Europas

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor dem Bundestag eindringlich für eine Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Türkei geworben, um die Flüchtlingskrise dauerhaft zu lösen. In ihrer Regierungserklärung am Mittwoch sagte Merkel, es müsse Europa gelingen, „die Zahl der Flüchtlinge spürbar und dauerhaft zu reduzieren“. Mit Blick auf die Schließung der Balkan-Route warnte sie vor „Scheinlösungen“, die lediglich an den Symptomen und nicht an den Ursachen ansetzten. Was die Verhandlungen mit der Türkei angeht, so sicherte sie zu, es werde „keine Abstriche an unseren eigenen Prinzipien geben“.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union kamen am Donnerstag und Freitag zu einem weiteren Gipfel zusammen, um mit der Türkei über eine wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen und die Eindämmung der illegalen Migration zu beraten. Beim vergangenen Gipfeltreffen vor eineinhalb Wochen hatte die Türkei überraschend angeboten, jeden illegalen Migranten, der auf seinem Weg über die Ägäis nach Griechenland aufgegriffen wird, zurückzunehmen. Dafür solle die EU in gleicher Zahl syrische Flüchtlinge, die in der Türkei Zuflucht gesucht haben, auf legalem Wege aufnehmen.

Schleppern das Handwerk legen

Merkel warb im Bundestag für diesen Vorschlag. Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte: „Ohne den Beitrag der Türkei wird es nicht gehen.“ Der Vorschlag Ankaras hat zum Ziel, den Flüchtlingen den Anreiz zu nehmen, in ein Schlauchboot von Schleppern zu steigen. „Damit würde das grausame Sterben in der Ägäis endlich ein Ende finden“, sagte Merkel. Außerdem würden so die Lasten zwischen der Europäischen Union und der Türkei, die inzwischen 2,7 Millionen syrische Flüchtlinge be-



Foto: picture alliance / dpa

Bundeskanzlerin Merkel gibt Regierungserklärung zum EU-Gipfel ab

herbergt, fair geteilt. Es gereiche der EU nicht zur Ehre, dass sie sich mit einer solchen fairen Lastenteilung bislang so schwer getan habe, merkte sie kritisch an.

„EU-Beitritt der Türkei steht nicht auf der Tagesordnung“

Die Kanzlerin äußerte Verständnis dafür, dass die Türkei für ihre Unterstützung Entgegenkommen verlange. So dringt Ankara auf eine Beschleunigung der Verhandlungen mit der EU über Visafreiheit für türkische Bürger sowie die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel im EU-Beitrittsprozess. Merkel betonte, dass es sinnvoll sei, über weitere Kapitel – etwa im Bereich Justiz – zu sprechen, dass aber ein Beitritt der Türkei zur EU „jetzt wirklich nicht auf der Tagesordnung steht“. Auch Kauder sprach sich dafür

aus, über die Wünsche der Türkei zu reden, dabei aber „klare Kante zu zeigen, wenn es um unsere eigenen Positionen geht“ – etwa bei den Themen Meinungs- und Religionsfreiheit.

Sowohl die Kanzlerin als auch der Fraktionsvorsitzende kritisierten einseitige nationale Maßnahmen von EU-Staaten wie die Schließung der Balkan-Route. Auch Deutschland profitiere davon, dass die Zahl der ankommenden Asylsuchenden dadurch gesunken sei, sagte Merkel. Anders sehe die Lage in Griechenland aus, wo die Flüchtlinge derzeit stranden. Die Zahl der Flüchtlinge dürfe aber nicht nur für einige EU-Länder reduziert werden, sondern für alle, mahnte die Kanzlerin. Volker Kauder betonte: „Was wir im Augenblick in Griechenland erleben ist nicht das Gesicht, das ich mir für Europa vorstelle.“ Europa müsse ein „menschliches Gesicht“ zeigen.

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt betonte, mit rein nationalen Maßnahmen werde das Flüchtlingsproblem nicht zu lösen sein. Je mehr auf europäischer Ebene gelöst werde, desto geringer sei der Druck, zu nationalen Maßnahmen zu greifen.

„Barrierefreie Angebote können allen nutzen“

Uwe Schummer über die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes – Erstmals Erklärungen in „Leichter Sprache“



Foto: Sven Stewert

Uwe Schummer
Behindertenbeauftragter
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Über zehn Millionen Menschen in Deutschland haben eine Beeinträchtigung. Ihre Zahl steigt kontinuierlich – nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels. Vor 14 Jahren trat das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft, mit dem wesentliche Schritte zur Barrierefreiheit eingeleitet wurden. Das Reformgesetz, das am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, dient dazu, den Abbau von Barrieren im Verantwortungsbereich des Bundes voranzutreiben. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem Behindertenbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Uwe Schummer.

Herr Schummer, auf welche Barrieren stoßen Menschen mit Behinderungen in Deutschland heutzutage noch und wie kann der Bund Abhilfe schaffen?

Schummer: Noch nicht alle Behörden sind heute für Menschen mit Behinderungen ohne Hürden zugänglich; vor allem ältere Amtsgebäude sind nicht barrierefrei. Das Behindertengleichstellungsgesetz hat bisher nur für Neubauten des Bundes nach 2002

Vorgaben gemacht. Deshalb müssen wir hier nachbessern. Künftig sollen auch für Gebäude im Bestand moderne Standards der Barrierefreiheit gelten – insbesondere dort, wo viel Publikumsverkehr herrscht.

Ein weiteres Problem: Bei Behördenterminen sind Gebärdensprachdolmetscher nicht immer verfügbar. Auch hier wollen wir Abhilfe schaffen. Die Kommunikationshilfen für hörgeschädigte oder taube Menschen sollen ausgebaut werden.

Erstmals werden auch Menschen mit Lernschwierigkeiten von dem Gesetz erfasst. Wie wird ihnen geholfen?

Schummer: Bescheide der Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Unfall- oder Krankenversicherung sind für Menschen mit – und im Grunde auch für manche Menschen ohne – Lernbeeinträchtigung nicht verständlich. Mit einer ergänzenden Erklärung in sogenannter Leichter Sprache sollen diese Bescheide lesbar werden. Dieser Service ist ein gutes Beispiel dafür, dass barrierefreie Angebote allen nutzen können.

Auch die Webseiten der Verwaltung sollen barrierefrei werden. Was bedeutet das?

Schummer: Der Bund gestaltet seine Internetseiten seit Jahren weitgehend barrierefrei. Doch seine interne Kommunikationsplattform – das Intranet – hinkt den neuesten Standards hinterher. Die Mühlen der Verwaltung mahlen bekanntlich etwas langsamer, doch auch hier ist die Digitalisierung unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Damit alle Mitarbeiter am Arbeitsprozess teilhaben können, wollen wir auch die interne Kommunikation barrierefrei gestalten.

Die Verbände kritisieren, dass das Gesetz keine Wirkung auf die Privatwirtschaft hat. Warum ist sie von den Vorschriften ausgenommen?

Schummer: Stimmt. Menschen mit Behinderungen stoßen in ihrem Alltag noch vielerorts auf Hürden – jenseits der Amtsgebäude. Wer im Rollstuhl sitzt, scheitert oft an Stufen oder Treppen von Geschäften, kann nicht jede Arztpraxis aufsuchen, kann nicht jedes Café oder Restaurant besuchen. Wer blind ist, kann ohne Hilfe nicht alleine einkaufen, weil die Preise nicht in Brailleschrift ausgeschrieben sind. Gehörlose haben im Kino keine Möglichkeit, die Handlung mit Hilfe von Untertiteln zu verfolgen. Das sind nur einige Beispiele.

Wir setzen aber mit Blick auf die Privatwirtschaft vorerst weiter auf das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung. Unternehmen müssen Menschen mit Behinderungen als Kunden wahrnehmen. In einer alternden Gesellschaft ist das keine Wohltätigkeit, sondern Marktanpassung. Viele Unternehmer haben das schon heute erkannt und tun immer mehr dafür, attraktiv für alle Kunden zu sein, indem sie erleichterten Zugang anbieten. In Österreich ist die Wirtschaft seit dem 1. Januar 2016 zur Barrierefreiheit verpflichtet. Wir werden sehr genau beobachten, welche Wirkungen das Gesetz dort in der Praxis entfaltet.

Eine Möglichkeit bekommen wir hierzulande allerdings, in den privaten Sektor hineinzuwirken. Wer künftig Fördermittel des Bundes erhalten will, muss sich an die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes zur Barrierefreiheit halten.

Christliche Flüchtlinge vor Übergriffen schützen

Kauder spricht mit Betroffenen – Stephanuskreis berät mit Kirchen



Foto: Ulrich Scharfack

Volker Kauder spricht mit Flüchtlingen in der Berliner Dreieinigkeitskirche

In deutschen Flüchtlingsheimen mehren sich offenbar die Übergriffe auf Christen von Seiten ihrer muslimischen Mitbewohner. Das reicht von Anfeindungen über Diskriminierungen bis hin zu offener Gewalt. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder machte sich in der vergangenen Woche ein Bild von der Lage und traf in der Berliner Dreieinigkeitskirche mit Flüchtlingen christlichen Glaubens zusammen. Auch der Stephanuskreis beriet mit Vertretern der christlichen Kirchen über die Lage der Christen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Der Ausschuss des Bundestags für Menschenrechte und humanitäre Hilfe befasste sich ebenfalls mit dem Thema.

Volker Kauder zeigte sich besorgt und versprach den Betroffenen Unterstützung. Es könne nicht sein, dass sie in einer Atmosphäre der Angst und Bedrohung lebten, sagte er. „Die Flüchtlinge sind mit der berechtigten Hoffnung auf Sicherheit und Geborgenheit nach Deutschland gekommen. Viele sind gerade deshalb aus ihrer Heimat geflohen, weil sie dort wegen ihres Glaubens verfolgt wurden.“ Sie dürften in Deutschland nicht den gleichen Anfeindungen ausgesetzt sein wie dort. Kauder, der sich seit

langem für verfolgte Christen und Religionsfreiheit weltweit einsetzt, verwies auch darauf, dass in Deutschland die Freiheit der Religionsausübung ein Grundrecht sei. Toleranz gegenüber Andersgläubigen gehöre zu den Grundregeln unserer Gesellschaft.

Keine Trennung nach Religionszugehörigkeit in Unterkünften

Grundsätzlich ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen eine Trennung der Flüchtlinge nach Religionszugehörigkeit in den Unterkünften. Denn die verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte sowie die in der Gesellschaft gelebten Werte müssen den Flüchtlingen ab dem Tag der Ankunft in Deutschland vermittelt werden. Getrennte Unterkünfte können nur eine Ausnahme sein, wenn sich der Schutz einer bedrohten Gruppe gar nicht mehr gewährleisten lässt.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und der Vorsitzende des Stephanuskreises, Heribert Hirte, regen an, bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Unterkünfte darauf zu achten, dass die Gruppe der religiösen Minderheit – neben Christen etwa auch Jesiden – in den Wohngemeinschaft-

ten nicht zu klein ist. So kann es für diese Gruppen leichter sein, sich Gehör zu verschaffen. „Es ist ein Unterschied, ob sich ein Einzelner einer Überzahl von Andersgläubigen gegenüber sieht oder ob er sich in einer ausreichend großen Gruppe Gleichgesinnter gegenüber einer Mehrheit artikulieren kann“, betonte Hirte.

Auch bei der Auswahl des Sicherheitspersonals muss nach Ansicht der Fraktion darauf geachtet werden, dass religiöse und ethnische Gruppen angemessen repräsentiert sind. Das Wachpersonal müsse entsprechend qualifiziert sein. Zudem könne es helfen, wenn die Betreiber von Flüchtlingsheimen mit den Bewohnern gemeinsam eine Hausordnung aufstellten, die dann konsequent umgesetzt werde.

Nicht zuletzt aber sei es Aufgabe des Rechtsstaates, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, erklärte Kauder. Berichten über Übergriffe müsse die Polizei ausnahmslos nachgehen und falls erforderlich einschreiten. „Radikale Islamisten dürfen sich nicht dadurch ermuntert fühlen, Christen anzugreifen, weil die deutschen Behörden wegschauen“, mahnte Hirte.

„An der Spitze bleiben“

Fachpolitiker der Unionsfraktion bei der Computermesse CeBIT – Digitalisierung ist bedeutender Wirtschaftsfaktor

Kein Büro ohne Computer, keine Jackentasche ohne Smartphone: Die Digitalisierung durchdringt Wirtschaft und Gesellschaft inzwischen komplett. Die einwöchige Computermesse CeBIT in Hannover ist ein Schaufenster digitaler Entwicklungen und daher Pflichttermin für Fachbesucher, Unternehmer und Politiker. Vier Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besuchten die Messe in dieser Woche – neben dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Digitale Agenda, Thomas Jarzombek, auch die Fachpolitiker Christina Schwarzer, Maik Beermann und Tankred Schipanski.

Die Abgeordneten führten unter anderem Gespräche mit führenden Vertretern der Deutschland-Niederlassungen von Microsoft, IBM und SAP. Sie besichtigten die Stände der Fraunhofer-Gesellschaft und der Bundesdruckerei sowie die Drohnen-Arena, wo Profis Miniflieger durch einen Parcours steuerten. Einen Schwerpunkt bildeten auch die Gespräche mit ausgesuchten Start-up-Unternehmen aus den Bereichen E-Commerce, Industrie 4.0 und Virtual Reality. „Die Digitalisierung ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor“, erklärte Jarzombek.

Schwarzer zeigte sich von der Geschwindigkeit der Umbrüche beeindruckt. „Von Jahr zu Jahr kann man auf der CeBIT ablesen, wie rasant sich die digitale Welt, vor allem in der Wirtschaft, weiter entwickelt“, sagte sie. Gleichzeitig warf sie die Frage auf, wie gut die Schulen dafür aufgestellt seien. Schließlich bildeten sie die Fachleute von morgen aus. „Wir müssen uns genau ansehen, wo wir im Bereich Bildung noch besser werden können.“

Angesichts der rasanten technologischen Entwicklungen wies Jarzombek darauf hin, dass sich kein Wirtschaftszweig mehr auf dem einmal Erreichten ausruhen könne. „Wer heute noch die besten Maschinen und Autos baut, muss sich dennoch schnellstmöglich mit neuen Geschäftsmodellen ausei-



Foto: Stephan Uerling

Mitglieder der AG Digitale Agenda mit dem Vorsitzenden des Bundesverbands Deutsche Startups, Florian Nöll (Mitte)

nersetzen, um an der Spitze zu bleiben“, mahnte er. Deutschland sei zwar weiterhin Vorreiter etwa auf dem Gebiet des Maschinenbaus oder des Automobilbaus. Doch ende die Fertigung längst nicht mehr am Fabrikator. Vielmehr reiche die Wertschöpfungskette bis zu Softwareangeboten und weit darüber hinaus.

Innovative Geschäftsideen müssen aus Deutschland kommen

Die CeBIT zeigt hervorragende Beispiele von Unternehmen, die sich dieser Herausforderung stellen. Jarzombek betonte, es sei „wichtig, dass die neuen Wertschöpfungsmodelle mit innovativen Geschäftsideen auch aus Deutschland kommen“. Schließlich besäßen sie das Potenzial, die bestehenden Modelle und Technologien vollständig zu verdrängen. Die Aufgabe des Gesetzgebers sei es, den geeigneten regulatorischen Rahmen zu

schaffen. Mit der EU-Datenschutzgrundverordnung werde ein einheitlicher Rahmen für ganz Europa geschaffen.

Beermann betonte: „Zu einem digitalen Wachstumsland Nr. 1 können wir nur durch eine innovative Hightech-Branche sowie durch moderne und sichere Infrastrukturen werden.“ Unterdessen arbeiten Bundesregierung und Bundestag weiter an der Umsetzung der „Digitalen Agenda“. Jarzombek betonte die Entschlossenheit, die darin gesetzten Ziele zu erreichen. „Das erfordert tatkräftiges Handeln sowie einen langen Atem.“

An der CeBIT in Hannover nahmen über 3.000 Unternehmen teil. Schwerpunktthemen waren in diesem Jahr Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz oder 3D-Druck. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte bei ihrem traditionellen Messe-Rundgang mehr Tempo beim digitalen Umbau der Wirtschaft in Europa.

Jugendliche vor Radikalisierung bewahren

CDU/CSU-Fraktion diskutiert mit Experten über den Trend zum Dschihadismus – Prävention als Gegenmittel

Von Islamisten geht eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit in Deutschland aus – unabhängig davon, ob sie sich zu Hause radikalisiert haben oder als Dschihadisten aus den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak zurückgekehrt sind. Wie die Gesellschaft damit umgeht, wie vor allem Jugendliche von einer Radikalisierung abgehalten werden können, das diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch in Berlin mit Experten. Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Stephan Mayer, kündigte an, dass die große Koalition dem Thema aufgrund seiner Brisanz künftig noch mehr Bedeutung beimessen werde.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, legte Zahlen für Deutschland vor: Danach halten sich derzeit rund 53.000 Islamisten in Deutschland auf, davon 8.650, die dem Salafismus – einer ultrakonservativen Strömung innerhalb des Islam – zuneigen. Ihre Zahl sei innerhalb weniger Monate erheblich angestiegen, sagte Maaßen. Auch Reisen nach Syrien nahmen seit 2013 kontinuierlich zu. Registrierte das Amt 2014 noch 550 Ausreisen, waren es im vergangenen Jahr bereits 780. „Die Dunkelziffer ist jedoch erheblich, da viele Islamisten über die ‚grüne Grenze‘ ausreisen“, sagte Maaßen.

„Der Terrorismus geht nicht an Deutschland vorbei“

Der Verfassungsschutzchef warnte: „Der Terrorismus geht nicht an Deutschland vorbei.“ Derzeit erhalte man pro Tag im Schnitt zwei bis vier Hinweise auf Anschlagplanungen in Deutschland. Dass das Land bisher von konkreten Terrorattacken verschont blieb, bezeichnete er als reines



Foto: Steven Rösler

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen (rechts) und der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Stephan Mayer, beim Fachgespräch

Glück. In dem Zusammenhang wies er auch auf den vereitelten Anschlag auf das Frankfurter Radrennen im April vergangenen Jahres hin.

Mit der Flüchtlingsbewegung nach Europa sei auch die Gefährdung durch Islamisten gestiegen. Es liege auf der Hand, dass der sogenannte Islamische Staat die Flüchtlingsströme benutzt habe, um Attentäter nach Europa und Deutschland zu schleusen. Darüber hinaus würden junge Flüchtlinge in den Asylunterkünften gezielt von Islamisten angesprochen und in islamistisch geprägte Moscheen gelockt.

Das Gefühl, gebraucht zu werden

Maaßen versuchte auch eine psychologische Erklärung, warum Jugendliche vom radikalen Islamismus angezogen würden. Die Ideologie vermittele ihnen das Gefühl, gebraucht zu werden, und gebe ihnen – vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben – eine Aufgabe. Ein schwieriges Elternhaus, eine labile Psyche oder Rassismus sei-

en Faktoren, die Jugendliche zu leichter Beute für Salafisten werden ließen.

Dies bestätigte Thomas Mücke, Geschäftsführer vom Violence Prevention Network. Er nannte versäumte Trauerarbeit, Mobbing oder Gewalterfahrungen als Auslöser für eine Radikalisierung. Die salafistische Szene wisse emotionale Labilität als Einfallstor zu nutzen. Oft appelliere sie auch an ein diffuses Gerechtigkeitsempfinden der Jugendlichen. Für junge Frauen würden zudem in Internetvideos „dschihadistische Posterboys“, also Männer zum Anhimmeln, aufgebaut.

Als wichtigstes Gegenmittel nannten alle Diskussionsteilnehmer eine gute Präventionsarbeit. Die einzige Chance für Jugendliche, auf Anwerbeversuche nicht hereinzufallen, sei Bildung, sagte Mücke. Deutschland habe im europäischen Vergleich sehr gute Konzepte zur Extremismusprävention. Die Bundesländer hätten mit Koordinierungsstellen bereits gute Wege gefunden, die nun weiter gegangen werden müssten.

Afrika mit anderen Augen sehen

Kongress der Unionsfraktion – Chancen und Risiken im Wandel des Nachbarkontinents

Afrika aus einem neuen Blickwinkel betrachten und zu einem gleichwertigen Partner machen – dies ist der Anspruch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bestärkt wurde sie darin von Experten, die am Mittwoch auf einem Fraktionskongress im Berliner Reichstag über Chancen und Risiken im Wandel Afrikas diskutierten.

Die gängige Vorstellung von Afrika ist, wie die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Sabine Weiss, feststellte, immer noch von Assoziationen mit Kriegen, Krankheiten und Armut geprägt. Doch damit Afrika ein Partner auf Augenhöhe werden könne, müsse die Europäische Union lernen, die positiven Entwicklungen auf dem Nachbarkontinent stärker in den Vordergrund zu stellen.

„Sechs der zehn weltweit wirtschaftlich am stärksten wachsenden Länder sind afrikanische Länder, und im Jahr 2050 wird es dort mehr Arbeitskräfte geben als in China“, betonte Weiss. Es gelte, einen neuen Ansatz zum Dialog zu finden, um internationale Herausforderungen vom Terrorismus bis hin zum Klimawandel gemeinsam zu lösen.

„Legen wir unsere Arroganz gegen Afrika ab“

Dass eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den afrikanischen Ländern und der EU längst überfällig ist, befand auch der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler. „Wir hätten die Probleme in Afrika viel früher wahrnehmen müssen und uns rechtzeitig um ein gesteuertes System legaler Migration kümmern sollen“, erklärte Köhler. „Wenn Deutschland sich abschottet und sein Wohl auf Kosten anderer Länder sucht, werden unsere Probleme wie ein Bumerang mit dop-

pelter Wucht auf uns zurückkommen.“ Das große Potenzial Afrikas liege in seiner jungen Bevölkerung. So seien zwei Drittel der afrikanischen Gesellschaft unter 20 Jahre alt, und diese jungen Menschen forderten Bildung, Gerechtigkeit und Freiheit. Statt Hilfe forderten die jungen Afrikaner eine Zusammenarbeit mit Europa, betonte Köhler und schlussfolgerte: „Legen wir unsere Arroganz gegen Afrika ab.“

Vergebung überwunden werden.“

Mo Ibrahim, Gründer und Vorsitzender der gleichnamigen Stiftung, plädierte dafür, in die afrikanische Gesellschaft zu investieren. „Man muss dafür sorgen, allen Afrikanern Dienstleistungen und Güter zugänglich zu machen.“ Ein langfristiger Wandel könne nur dann erfolgen, wenn die Menschen verstünden, dass ihre Waffe gegen Ungerechtigkeit die



Foto: Oleg Znamensky

Boomtown Nairobi

Das Kapitel des Kolonialismus überwinden

Die ehemalige geschäftsführende Direktorin der Weltbank und Vize-Rektorin der Universität Kapstadt, Mamphela Ramphele, erklärte, die „Afrikanische Union und die EU sollten ihre starken Positionen nutzen und mutig aufeinander zugehen, um globale Herausforderungen zu meistern“. Dazu gehöre auch eine Transformation der afrikanisch-europäischen Beziehungen. „Das schmerzhafteste Kapitel des Kolonialismus muss durch Anerkennung, Versöhnung und

Wahlkarte sei. Dafür sei eine Entmystifizierung der afrikanischen Regierungen nötig. „Wir brauchen auf beiden Seiten national und international bessere und effektivere Unternehmens- und Regierungsführungen“, betonte Ibrahim.

Auch bei der Panel-Diskussion wurde vermehrt darauf hingewiesen, dass Afrika und Europa gerade jetzt ihre Beziehung neu definieren müssten. Nur wenn sie voneinander lernten, könnten sie Fortschritte auf wirtschaftlichem sowie politischem Gebiet für beide Seiten erzielen.

Mobilität der Arbeitskräfte erleichtern

EU-Kommissarin Thyssen bei der Unionsfraktion

Arbeitskräfte können von der Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt besonders dann profitieren, wenn die nationalen Systeme der sozialen Sicherheit gut aufeinander abgestimmt sind. Wie die Arbeitskräftemobilität gefördert und die Koordination der sozialen Sicherheitsnetze in den Mitgliedstaaten verbessert werden kann, stand im Mittelpunkt eines Gesprächs, das die Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales mit der EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen Ende Februar führte.

Diskutiert wurde unter anderem, unter welchen Bedingungen Arbeitssuchende aus anderen EU-Staaten Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Man war sich dabei einig, dass man gerechte Regelungen für Arbeitssuchende finden, gleichzeitig aber einen Missbrauch der Arbeitslosenversicherung bekämpfen müsse. Im Zusammenhang mit der Arbeitskräftemobilität strebt die Kommission weiterhin eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie an, die die Gleichbehandlung entsandter Arbeitnehmer mit einheimischen Arbeitskräften gewährleisten soll. Für die Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen muss weiterhin derjenige Mitgliedstaat zuständig sein, in den ein Arbeitnehmer entsandt wurde.

Thematisiert wurden außerdem das Kommissionsvorhaben einer „Säule sozialer Rechte“ – eines Regelwerks, das die bestehenden Schutzinstrumente für die Beschäftigten auf EU-Ebene ergänzen soll. Die Pläne der Kommission, die europäischen Vor-



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen bei der AG Arbeit und Soziales

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|----------------|--|
| 13. April 2016 | Kongress Landwirtschaft in Deutschland |
| 25. April 2016 | Kongress eHealth II/Digital Health |
| 27. April 2016 | Zukunftskongress Deutschland 2050 |

schriften zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu überarbeiten und zu vereinheitlichen, wurden ebenfalls erörtert.

„Brexit“ und Flüchtlingskrise erörtert

Aber auch übergeordnete Fragen zum Zustand der EU kamen zur Sprache, so das britische Referendum über einen möglichen Austritt des Landes aus der Gemeinschaft, den sogenannten „Brexit“, oder das Ringen um eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise. Thyssen betonte, es gebe keine Pläne der Kommission, Sanktionen gegen einzelne Mitgliedstaaten zu verhängen, sollten sich diese einer europäischen Verteilung

der Schutzsuchenden entziehen. Dafür fehle es an einer Rechtsgrundlage. Zweckgebundene Mittel beispielsweise aus den europäischen Strukturfonds könnten nicht aufgrund mangelnder Kooperation in anderen Politikfeldern zurückgehalten werden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Karl Schiewerling, lobte den offenen und produktiven Austausch mit der EU-Kommissarin, die zuvor Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der flämischen Christdemokraten war. Schiewerling zeigte eine Reihe politischer Schnittmengen mit Thyssen auf. Beide Seiten streben in Zukunft eine engere Zusammenarbeit an.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt